



**Geschäftsführung  
Integrationsrat**

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 23.09.2022

## **Beschlussprotokoll**

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2020/2025 am Dienstag, dem 20.09.2022, 15:00 Uhr bis 17:15 Uhr, Ratssaal

### **I. Öffentlicher Teil**

#### **Situation der Aufnahme von Geflüchteten in Köln**

- 1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft / aktuelle Informationen**
- 2 Gleichstellungsrelevante Themen**
- 3 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 3.1 Anfrage zur Abfallentsorgung an der Homarstraße  
AN/0263/2021**

**Beantwortung einer Anfrage AN 0263/2020 wilder Müll "Homarstraße in Kalk"  
4151/2021**

Der Antragsteller IRM Herr Özküçük zieht seine Anfrage zurück.

- 3.2 Nachfrage zur Beantwortung der Anfrage "Sachstand herkunftssprachliche bilinguale Kitagruppen"  
AN/0291/2022**

**Beantwortung einer Nachfrage zur Beantwortung zu 3540/2021 "Sachstand herkunftssprachliche bilinguale Kitagruppen"  
0979/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.3 Überlastung der Ausländerbehörden u. a. Ämter und Abteilungen der Stadtverwaltung – Rechts-kreiswechsel der Geflüchteten aus der Ukraine in die Grundsicherung  
AN/0991/2022**

**Beantwortung einer Anfrage der SPD-Fraktion zu "Überlastung der Ausländerbehörden u.a. Ämter und Abteilungen der Stadtverwaltung  
2755/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.4 Anfrage: Einführung vegetarischer Tage in den Kantinen/Verpflegungseinrichtungen der Stadt Köln  
AN/1126/2021**

Die Antragstellerin IRM Frau Khan zieht ihre Anfrage zurück.

**3.5 Diskriminierung bei der Wohnungssuche – was kann die Stadt tun?  
AN/1301/2022**

Hierzu liegt noch keine Antwort der Verwaltung vor

**3.6 Anfrage zum Verfahrensablauf für die Beantragung des Chancen-Aufenthaltsrechts  
AN/1329/2022**

**Beantwortung einer schriftlichen Anfrage zu "Verfahrensablauf für Beantragung des Chancen-Aufenthaltsrecht"  
2756/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.7 Erreichbarkeit der Kölner Ausländerbehörde und Kontaktdaten der Sachbearbeitung  
AN/1007/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**Beantwortung einer schriftlichen Anfrage zu "Erreichbarkeit der Kölner Ausländerbehörde und Kontaktdaten der Sachbearbeitung"  
2792/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.8 Beantwortung der Anfrage zum Beitritt der Stadt Köln zur „Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt (Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates) AN 0414/2022 2607/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**3.9 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zur Ethnischen Vielfalt bei der Bebilderung städtischer Publikationen 2813/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**5 Mitteilungen**

**5.1 Kölner Statistische Nachrichten – 10/2022  
Arbeitsmarkt Köln - Rückblick 2021, bisherige Entwicklung und Ausblick 2022  
2134/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.2 35. Bericht zur Situation Geflüchteter in Köln  
2239/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.3 Weiterer Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung  
2142/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.4 Mitteilung zum Antrag des Integrationsrates vom 08.02.2022 zur Berücksichtigung der Kölner Migrationsgeschichte bei der Neukonzeption des Kölnischen Stadtmuseums  
2497/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.5 Prävention von sexualisierter Gewalt - Beantwortung der Anfrage  
AN/0822/2022  
1935/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.6 1. Sitzung des Begleitgremiums zum kommunalen Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Köln 2021-2025  
2465/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.7 Stellungnahme zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD und Die Linke betreffend "Sicherstellung des Kindeswohls bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen der Ausländerbehörde"(AN/1295/2022)  
2444/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.8 Bevölkerungsentwicklung 2021 - Rückgang der Bevölkerungszahl durch sinkende Zuzüge  
2859/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.9 Errichtung einer Unterkunft für Geflüchtete aus der Ukraine am Standort Alfred-Schütte-Allee 76 in 51105 Köln-Poll  
2774/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.10 Aktivitäten 2022 des House of Resources (HoR) in Köln und diesjährige Bundeskonferenz der Houses of Resources am 4.11.2022  
2288/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.11 Mitteilung Sachstand Prozess der Qualitätsentwicklung Interkulturelle Zentren  
2674/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.12 Angebote und Projekte des Interkulturellen Dienstes der Stadt Köln  
2906/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**5.13 2. Quartalsbericht 2022 der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln  
3059/2022**

Die Mitteilung wird zurückgestellt.

**5.14 Konzept für Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete der Stadt Köln  
2984/2022**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**6 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**6.1 Antrag zur Sicherstellung der Gleichbehandlung von geflüchteten Personen sowie konsequente Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes  
AN/1662/2022**

**Beschluss:**

Der Integrationsrat bittet den Ausschuss für Soziales und Senior\*innen folgendes zu beschließen:

1. Der in den [Mindeststandards](#) in 2017 bzw. in seiner [Verlängerung](#) in 2021 unter 1. „Verbesserter Betreuungsschlüssel 1:60“ für bestimmte Einrichtungen (Leichtbauhallen und Standorte mit Kojenunterbringung und Gemeinschaftsverpflegung, soweit diese wieder belegt werden müssen) festgelegte Betreuungsschlüssel ist in Notaufnahmen, die mit Geflüchteten so unterschiedlicher Rechtslage belegt sind, auf 1:40 zu verbessern.

2. Die im [Gewaltschutzkonzept](#) beschriebenen Aspekte von Gewalt und des Schutzes davor sind zu beachten und die dort festgelegten Maßnahmen gerade in Notunterbringungseinrichtungen unmittelbar und vorrangig durch erfahrene Fachkräfte der Sozialen Arbeit anzuwenden. Die Fachkräfte der Sozialen Arbeit müssen daher von hausverwaltenden Aufgaben entlastet werden.

Konkret:

- Unmittelbare Berücksichtigung besonderer Unterbringungsbedarfe bei offensichtlich erkennbaren vulnerabler Gruppen (im Hartgenbuscher Kirchweg leben lt. Auskunft von Initiativen ein 9 jähriger Junge mit geistiger Einschränkung und vermindertem Hör- und Sprachvermögen ohne eine dringend erforderliche entsprechende Förderung, sowie ein weiterer Junge ebenfalls mit vermindertem Hör- und Sprachvermögen, geistiger Einschränkung und Inkontinenz; eine gehörlose, alleinerziehende Mutter mit ihren drei Kindern (9 ,11 ,16 Jahre); ein 10jähriger Junge mit Katheter bei dem aus medizinischen und hygienischen Gründen die Unterbringung in einer Sammelunterkunft nicht zumutbar ist; ein 9jähriger Junge mit Trisomie 21)
  - Klare Positionierung innerhalb der Unterbringungseinrichtung, dass Diskriminierung und Rassismus auch innerhalb der Bewohner\*innenschaft nicht geduldet werden.
  - Laufende Einbeziehung von Dolmetscher/Sprachmittler\*innen mit adäquaten Stellenanteilen, sowie Sicherstellung der Vertretungssituationen.
  - Bereitstellung von Schutz- bzw. Rückzugsräumen und kinderfreundlichen Orten auch außerhalb der städtischen Arbeitszeiten, sowie Betreuung durch Fachkräfte aufgrund der Vielzahl von vulnerablen Kindern und deren Traumata und Konflikten.
  - Vermittlung der Inhalte des Gewaltschutzkonzeptes an alle (neuen) Mitarbeitenden, Durchführung der im Gewaltschutzkonzept genannten Fortbildungen in den Bereichen Gewaltschutz, -prävention, Interkulturelle Kompetenz, sowie im Bereich Rassismuskritik <sup>1</sup>
3. Die Verwaltung wird gebeten, das im Gewaltschutzkonzept in Kapitel 6.3 angekündigte ,Unterbringungs- und Handlungskonzepte für spezifische Gruppen – hier für ,multiproblematische Gruppen“ vorrangig zu erarbeiten und vorzulegen.
4. Zusätzlich zur städtischen Gewaltschutzkoordinatorin soll eine unabhängige Stelle zur Überwachung der Einhaltung des Gewaltschutzkonzeptes eingerichtet werden.
5. Die Verwaltung wird aufgefordert eine Gleichbehandlung aller Menschen die fliehen mussten, unabhängig von Staatsangehörigkeit, ethnischer Herkunft, Hautfarbe, Land und Religion sicher zu stellen – es darf keine Zwei Klassen Unterbringung bzw. Behandlung in Geflüchtetenwohnheimen geben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt – die Vertreter\*innen der Fraktionen der Grünen, der CDU, der FDP und von Volt haben an der Abstimmung nicht teilgenommen

## **7 Berichte**

### **7.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**

Es liegen keine Berichte vor.

---

<sup>1</sup> Rassismuskritik heißt anzuerkennen, dass Rassismus eine gesellschaftliche Normalität darstellt, denn alle Menschen werden durch rassistische Kategorisierungen, Zuschreibungen und Diskriminierungen in unserer Gesellschaft positioniert. Mit Rassismuskritik ist die Absicht verbunden, die eigene Involvierung zu erkennen, zu benennen und soweit möglich aufzulösen.

## 7.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

Es liegt kein Bericht vor.

## 8 Beschlussvorlagen

### 8.1 Beratung des Haushaltsplan-Entwurfs 2023/24 2927/2022

#### Beschluss:

Der Integrationsrat nimmt den Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023/24 mit seinen Anlagen zur Kenntnis.

#### Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

### Zusatzantrag zum Haushaltsplanentwurf 2023/24 AN/1635/2022

#### Beschluss:

Der Integrationsrat der Stadt Köln beantragt folgende Positionen im Haushaltsplan 2023/24 zu berücksichtigen und entsprechende Finanzmittel vorzusehen:

	Maßnahme	Vorschlag / Anregung
1.	<u>Erhöhung der Förderung Interkultureller Zentren</u>	<p>Im Jahr 2022 standen Finanzmittel in Höhe von 672.000 € zur Förderung von insgesamt 39 von 40 anerkannten Interkulturellen Zentren zur Verfügung.</p> <p>Im aktuellen Hpl. Entwurf werden Finanzmittel in gleicher Höhe von 672.000 € vorgeschlagen.</p> <p>Dringend erforderlich ist allerdings die Anpassung der Förderbeträge Zentren sowie des übergreifenden Budgets um 7,5 % / jährlich, da die Zentren eine immer wichtigere und umfänglichere Rolle bei der Begleitung des Prozesses von Integration und Unterstützung gleichberechtigter Teilhabemöglichkeiten in der Stadt übernehmen.</p> <p>Wie wichtig die Struktur der Interkulturellen Zentren für die Stadt und damit eine weitere Stärkung ihrer Arbeit ist, zeigte sich jetzt bei der plötzlich notwendig werdenden Aufnahme und Unterstützung einer großen Zahl Geflüchteter aus der Ukraine durch Sprachkursangebote, Zurverfügungstellung aktueller Informationen, Mutter-Kind Betreuung, Beratung zur Orientierung in Köln etc. durch die Zentren.</p>
2.	<u>Förderung von Antirassismustrainings und antirassistischen und rassismuskritischen Projekten</u>	<p>Im Jahr 2022 waren die Finanzmittel von 50.000 € um weitere 50.000 € auf 100.000 €/Jahr aufgestockt worden. Die Finanzmittel wurden in 2022 komplett verausgabt – etliche Projektantragsteller*innen mussten bereits Kürzungen vornehmen.</p> <p>Das Thema Rassismus ist und wird auch weiterhin hoch aktuell bleiben! Eine Beibehaltung der Fördersumme aus 2022 für Antirassismustrainings und antirassistische und rassismuskritische Projekte in Höhe von 100.000 €/Jahr und Fortschreibung in der MiFriFi ist unbedingt erforderlich.</p>
3	<u>Einrichtung einer Koordinierungsstelle Gesundheit und Migration im Gesundheitsamt</u>	<p>... zur laufenden Begleitung und Steuerung des Prozesses der interkulturellen Öffnung des Kölner Gesundheitssystems für Menschen mit internationaler Geschichte.</p> <p>Interkulturelle Öffnung des Gesundheitswesens bedeutet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• alle Angebote müssen von Menschen mit internationaler</li> </ul>

		<p>Geschichte in gleicher Weise wahrgenommen werden können, wie von der Mehrheitsbevölkerung,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• wenn festgestellt wird, dass Menschen mit internationaler Geschichte die Angebote vergleichsweise seltener annehmen (Beispiel: Impfungen während der Coronapandemie etc.) muss gefragt bzw. untersucht werden, was die Gründe dafür sind,</li> <li>• ggfls. muss dann über eine Verbesserung der Zugangswege (z.B. durch bessere Information, Abbau von Barrieren wie z.B. Sprach- oder kulturelle Barrieren, fehlenden Vertrauens, verunsichernde Örtlichkeiten etc.) diskutiert und entsprechend nachgesteuert werden.</li> </ul>
4	<u>Stärkung des Gesundheitszentrums für Migrant*innen</u>	<p>Finanzierung einer Stelle zur psychologischen Erstberatung von Kölner*innen mit internationaler Familiengeschichte und anschließender Weitervermittlung ins Regelsystem. Aktuell soll das Gesundheitszentrum lediglich mit 62.108 € bzw. 63.350 €/Jahr bezuschusst werden</p>
5	<u>Einrichtung und Begleitung eines Netzwerkes 'Städtische Mitarbeitende mit internationaler Familiengeschichte'</u>	<p>Orientiert an den beim Amt für Gleichstellung begleiteten Frauennetzwerken sollen entsprechende Stellenanteile ermittelt und beim Amt für Integration und Vielfalt zugesetzt werden. Für Workshops etc. sollen 5.000 €/Jahr bereitgestellt werden.</p>
6	<u>Einrichtung eines Mentoring Programms für städtische Mitarbeitende mit internationaler Geschichte</u>	<p>Orientiert an den beim Personalamt angebotenen Mentoring Programmen für Frauen, sollen Mentoring Programme für Mitarbeitende mit internationaler Familiengeschichte aufgelegt werden</p>
7	<u>Denkmal Keupstraße – Erstellung von Filmen über die unmittelbar vom Anschlag betroffenen Menschen in der Keupstraße</u>	<p>Gewissermaßen als Denkmalsetzung innerhalb des Denkmals sollen filmische Zeitzeug:innendokumente der unmittelbar vom Anschlag betroffenen Menschen erstellt werden. Hierfür wird vom Künstler Ulf Aminde wird ein Betrag von 25.000 € für die Filmteams (Honorare Filmworkshops Zeitzeug*innen), 15.000 € für Übersetzungen und 5.000 € als Leihgebühr für die erforderliche Technik beschrieben. Die Filme sollen in 2023 und 2024 realisiert werden.</p>
8	<u>Unterstützung des HOR (House of Resources) Köln ab 2024</u>	<p>Die Förderung des BAMF läuft voraussichtlich Ende 2023 aus und die Frage ist, ob die Stadt dieses Projekt und die begonnene Arbeit im Bedarfsfall weiter unterstützen kann.</p>

### **Erläuterungen zu den einzelnen Positionen:**

#### Zu 1. Erhöhung der Förderung Interkultureller Zentren

Die Erhöhung des Zuschusses zur Förderung der Interkulturellen Zentren ist

- aufgrund pandemiebedingter Mehrausgaben (Organisation digitaler Endgeräte, Zurverfügungstellung von Informationen zur Pandemie + Infektionsschutzmaßnahmen, erhöhter Beratungsaufwand aufgrund pandemiebedingter Widrigkeiten)
- und des inflationsbedingter Mehrbedarfes erforderlich (s. Schreiben der Zentren aus Mai 2020).

#### Zu 2. Förderung von Antirassismustrainings und antirassistischen und rassismuskritischen Projekten

Auf Anregung des Integrationsrates waren im Jahr 2022 die Finanzmittel von 50.000 € auf insgesamt 100.000 € / Jahr erhöht worden.

Die in 2022 bereit gestellten Finanzmittel waren bereits im 1. Halbjahr 2022 zu ca. 2/3 von verschiedenen Trägern beantragt und vom Integrationsrat bewilligt worden. Weiterhin wird die Projektfördersumme benötigt zur Verbesserung, Ausweitung sowie zum qualitativen Ausbau

- der Arbeit gegen den Rassismus (Diskriminierung anderer Menschen aus ethnischen Gründen),



- der rassismuskritischen Arbeit (Reflexion der eigenen Verwobenheit in rassistische Denkmuster und Verhältnisse und Schaffung eines stärkeren Bewusstseins für Rassismus als gesamtgesellschaftliches Phänomen)
- der Arbeit gegen Antiziganismus, antimuslimischen Rassismus (Rassismus, der sich gegen Muslim\*innen ebenso richtet wie gegen Menschen, die für Muslim\*innen gehalten werden), sowie antiasiatischem Rassismus und andere Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, und des Empowerments (Erlernen von Strategien, wie sich Personen oder Communities, die durch Rassismus benachteiligt und abgewertet werden, selbst und gegenseitig stärken können).

### Zu 3. Einrichtung einer Koordinierungsstelle Gesundheit und Migration im Gesundheitsamt

zur Begleitung und Steuerung des Prozesses der interkulturellen Öffnung des Kölner Gesundheitssystems für Menschen mit internationaler Geschichte.

Das Kölner Gesundheitssystem ist strukturell mustergültig aufgestellt erreicht allerdings aus unterschiedlichen Gründen vielfach nicht die Kölner\*innen mit internationaler Familiengeschichte (z.B. da die bestehenden Angebote der Personengruppe nicht bekannt; die Hilfesysteme haben keinen Zugang zur Personengruppe sind; kulturelle und sprachliche Zugangsbarrieren bestehen; die Hilfesysteme fühlen sich überfordert mit dem Personenkreis etc. pp.).

Punktuell bestehen in der Stadt gezielte Angebote für Menschen mit internationaler Geschichte (z.B. in türk. und russ. Sprache im Gesundheitszentrum für Migrant\*innen, psychotherapeutische Betreuung im Therapiezentrum für Folteropfer, sprachensible Angebote in zwei Suchtberatungsstellen etc.) allerdings ist eine systematische Betrachtung aller Gesundheitssysteme bzgl. ihrer Öffnung für alle Kölner\*innen mit internationaler Geschichte sowie ggfls. eine strukturierten Nachsteuerung erforderlich.

### Zu 4. Stärkung des Gesundheitszentrums für Migrant\*innen

Konzeptionell ist das Gesundheitszentrum für Migrant\*innen eine erste Anlauf-, Informations-, Beratungs- und Vermittlungsstelle für erkrankte und gesundheitlich gefährdete Menschen mit internationaler Geschichte. Ziel der Arbeit ist es, die Zugänge für diesen Personenkreis in das deutsche Gesundheitssystem zu erleichtern, was aber weiterhin schwierig bleibt (s.o. Einrichtung einer Koordinierungsstelle Gesundheit und Migration im Gesundheitsamt).

Aufgrund ihrer speziellen Migrationsgeschichte benötigen einige Personengruppen (z.B. Geflüchtete aber auch ehem. Gastarbeitende) psychologische Hilfe. Der Zugang zu Therapieplätzen und Therapeut:innen mit entsprechender Sprach- und Kultursensibilität ist äußerst schwierig und meistens mit sehr langen Wartezeiten verbunden.

Die Möglichkeit der Inanspruchnahme eines ersten psychologischen Beratungsgesprächs zur ad hoc Intervention für einige Sitzungen kann die Chronifizierung von Erkrankung vorbeugen und den Menschen eine Perspektive bis zur Vermittlung in eine Therapie geben. Eine solche Stelle sollte beim Gesundheitszentrum für Migrant:innen eingerichtet werden. Bzgl. der Sprach- und Kultursensibilität der Stelle muss eine Orientierung an den in Köln meistgesprochenen Sprachen erfolgen (Türkisch, Polnisch, Italienisch, Russisch etc.)

### Zu 5. Einrichtung und Begleitung eines Netzwerkes ‚Städtische Mitarbeitende mit internationaler Familiengeschichte‘

In Anlehnung an die bestehenden und vom Amt für Gleichstellung begleiteten Frauennetzwerke StadtFrauen für den höheren Dienst, KölnFrauen für den gehobenen Dienst soll – angesiedelt beim Amt für Integration und Vielfalt ein Netzwerk für städti-

sche Mitarbeitende mit internationaler Geschichte gegründet werden. Dieses Netzwerk soll ein informeller Zusammenschluss sein, in dem sich Kolleg\*innen mit internationaler Familiengeschichte treffen, sich in einem geschützten Raum austauschen und vernetzen. Mit entsprechenden Workshops oder Fachvorträgen (2-3x im Jahr während der Arbeitszeit) soll immer auch die Möglichkeit zum Austausch angeboten werden, um berufliche Fragestellungen und Erfahrungen miteinander zu besprechen.

#### Zu 6. Einrichtung eines Mentoring Programms für städtische Mitarbeitende mit internationaler Geschichte

In Anlehnung an die bestehenden und vom Personalamt in Kooperation mit dem Amt für Gleichstellung praktizierten Mentoring Programme für Frauen, sollen Mentoring Programme für Mitarbeitende mit internationaler Familiengeschichte aufgelegt werden.

Denkbar ist es für bestimmte Laufbahngruppen Mentoringprogramme für je 10 Mentor\*innen (Führungskräfte mit internationaler Geschichte bzw. entsprechend sensibilisierte Führungskräfte) und 10 Mentees einzurichten, die nach entsprechenden Einführungsworkshops zum Rollenverständnis und der Zielklärung, für einen Zeitraum von 18 Monaten alle 4-6 Wochen gemeinsame Tandemgespräche zum Austausch verbindlich vereinbaren.

#### Zu 7. Denkmal Keupstraße – Erstellung von Filmen zu den unmittelbar vom Anschlag betroffenen Menschen in der Keupstraße

- [Ratsbeschluss 9.11.21](#) „Der Rat beschließt für die Errichtung des Denkmals 60.000 Euro und ab 2023 unbefristet jährlich 15.000 Euro für die Entwicklung von Filmen und Materialien für neue Apps, um den modernen und nachhaltigen Charakter des Denkmals zu gewährleisten.“  
(Insbesondere für die Produktion der App, aber auch für kleinere Veranstaltungsformen sollen jährlich 15.000 Euro zur Verfügung stehen. Zuständig innerhalb der Stadtverwaltung sind das NSDokumentationszentrum und das Amt für Integration und Vielfalt.)
- [IR Beschluss Antirassismussmittel am 8.2.22](#) Pilotproduktion Filminterviews Erinnerungsort Keupstraße: „Die Perspektive der Direktbetroffenen des Nagelbombenanschlages am 09.06.2004. 3 Interviews mit Zeitzeug\*innen und Überlebenden“ und Präsentation zum Jahrestag 09.06.2022.  
Zwischenzeitlich ist viel Zeit seit dem Anschlag bzw. der Enttarnung des NSU vergangen und es besteht eine hohe Dringlichkeit dem Vertrauen der Betroffenen und Direktbetroffenen zu entsprechen und konkrete Schritte hinsichtlich einer ersten Umsetzung des Denkmals zu demonstrieren. Zu diesem Zweck sollen deren Stimmen und Perspektiven filmisch archiviert und sprachlich übersetzt werden, um sie als wesentliche und zentrale Elemente des Gedenkortes zu verhandeln“.

#### Zu 8. Unterstützung des HOR (House of Resources) Köln ab 2024

Seit Januar 2021 wird das [House of Resources](#) in Köln als eines von bundesweit 20 Häusern vom BAMF mit ca. 150.000 €/Jahr bis Ende 2023 gefördert. Das HOR ist (Noch) kein eigentliches Haus und wird getragen von Migrafrica, InHaus, Coach e.V. und Jama Nyeta.

Hinweis: Es ist nicht unwahrscheinlich aber keinesfalls sicher, dass anschließend eine weitere 2-jährige Förderung durch das BAMF erfolgt. Ggfls sind dann Gelder zur Sicherung des Projektes vorzusehen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich zugestimmt bei zwei Enthaltungen – die Fraktionen der Grünen, der CDU, der FDP und Volt haben nicht an der Abstimmung teilgenommen.

IRM Herr Gonzales Tejon und IRM Frau Khan haben aus Gründen der Befangenheit ebenfalls nicht an der Abstimmung teilgenommen.

**8.1.1 1. Veränderungsnachweis "Verwaltung" zum Entwurf des Haushaltsplans 2023/2024  
2657/2022**

**8.2 Verlängerung des Projektes "Guter Lebensabend NRW"  
2913/2022**

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt unter dem Vorbehalt der Förderung aus Projektmitteln des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen eine **Verlängerung der Teilnahme** der Stadt Köln am Landesprogramm „Guter Lebensabend NRW“ für die Zeit vom **01.01.2023 - 31.12.2023** mit einem **Gesamtprojektvolumen** in Höhe von **127.715,80 €**.

Die Finanzierung des zu leistenden kommunalen Eigenanteils in Höhe von 25.543,16 € im Haushaltsjahr 2023 erfolgt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2023 aus dem Budget des Dezernates für Soziales, Gesundheit und Wohnen aus den im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, Zeile 15, Transferaufwendungen, für das Haushaltsjahr 2023 hierfür veranschlagten Mitteln.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

**9 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

**10 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**